



Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

München, 15. März. Die „Neue Münchener Zeitung“ bemerkt zu der von mehreren Zeitungen gebrachten Nachricht: Bayern und Württemberg hätten sich geeinigt, dem Handels-Vertrage zwischen Preußen und Frankreich ihre Zustimmung zu versagen, daß der Vertrag der bairischen Regierung noch nicht mitgeteilt worden sei, und man hiernach den Werth der obigen Zeitungsnachricht zu beurtheilen habe.

Petersburg, 16. März. Behufs Erleichterung des Loskaufs sind den Grundbesitzern verschiedene Begünstigungen bewilligt worden; unter anderen: Verlängerung älterer Staatsdarlehen, die Möglichkeit zur Aufnahme neuer Privatarlehen, Uebertragung älterer Hypothekenschulden auf die Bauern überlassenen Güter, Annahme der Loskaufpapiere bei Zahlungen von Hypothekenschulden zum Nominalwerthe.

Der Discout ist auf 6 pSt. herabgesetzt worden.

London, 14. März, Nachts. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Griffith, ob das neue italienische Ministerium die Absicht habe, ein Territorium abzutreten, und beantragte, daß die darauf bezügliche Correspondenz dem Hause mitgeteilt werden möge. Layard erwiderte: Nicolson habe England versichert, daß keine weitere Abtretung statthaben werde. Die Mittheilung der Correspondenz würde gegen das öffentliche Interesse sein. Auf eine anderweite Interpellation betrieß der Finanzlage der Türkei erwiderte Layard, der Bericht Forster's und Hobart's beweise, daß die Finanzen der Türkei eine gesunde Grundlage haben, und daß eine gute Verwaltung die Schwierigkeiten beseitigen und das Gleichgewicht wiederherstellen werde.

Turin, 14. März. In der heutigen Sitzung des Senats gab Ratazzi Erklärungen über die Vereine in Genua, und sagte, die Gesetgebung habe nichts Genaueres festgestellt, er werde deshalb eine betreffende Vorlage einbringen. Der Senat gab ein Vertrauensvotum. Ratazzi zeigte an, daß das Großherzogthum Baden Italien anerkannt habe. Garibaldi ist hier eingetroffen.

Preußen.

Berlin, 15. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Kreis-Wundarzt Gruhn zu Reppen im Kreise Sternberg den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Director der herzoglich anhalt-essauischen gymnastisch-orthopädischen Heilanstalt und Königl. sächsischen Lieutenant a. D., Professor Dr. Adolph Werner zu Dessau, den Königl. Kronenorden vierter Klasse und dem pensionirten Chaussee-Aufseher Wilhelm Torney zu Dranienburg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Erzpriester fürstbischöflichen Kommissarius Dr. Siegert zu Trachenberg zum Ehren-Domherrn an der Cathedral-Kirche zu Breslau zu ernennen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Feuerwerker Hoffmeister von der magdeburgischen Artillerie-Brigade Nr. 4 die Erlaubniß zur Anlegung der von des Herzogs zu Sachsen-Altenburg Hoheit ihm verliehenen, dem herzoglich sachsen-ernestinischen Hausorden affilirten silbernen Verdienst-Medaille und dem Buchdrucker-Gehilfen Carl Boy zu Küstrin zur Anlegung der von Sr. Heiligkeit dem Papste ihm verliehenen Medaille pro Petri sede zu ertheilen. (St.-A.)

[Militär-Wochenblatt.] Elsner, Prem.-Lieut. vom 3. Niederb.-Regt. Nr. 50, in das 6. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 49 versetzt. Adler, Hauptm. von der 1. Inf.-Brig., unter Veretzung zur 2. Ing.-Brig., zum Comp.-Comm. im Brandenb. Pion.-Bat. Nr. 3 ernannt. Klotz, Hauptm. 1. Kl. von der 1. Ing.-Brig., unter Veretzung in seiner Stellung als Festungs-Bau-Director in Königsberg, zum überzähligen Major befördert und zum Stabe des Ingen.-Corps versetzt. v. Jagemann, Major und Battr.-Chef von der Schf. Art.-Brig. Nr. 6, zum Abth.-Comm. ernannt. Graf v. Pfeil, Hauptm. und Art.-Off. vom Platz in Kofel, als Comp.-resp. Battr.-v. Pfeil in der Schf. Art.-Brig. Nr. 6 versetzt. v. Schweinichen, Hauptm. und Comp.-Chef von der Westf. Art.-Brig. Nr. 7, zum Art.-Off. vom Platz in Kofel ernannt. v. Stern-Gwiazdowski, Oberst vom 1. Westpreuß. Gren.-Regt. Nr. 6, und commandirt zur Wahrnehmung der Geschäfte des Commandeurs 1. Bats. 3. Pomm. Landw.-Regts. Nr. 14, mit der Regts.-Uniform nebst der geflügelten Pension zur Disp. gestellt und mit der einstweiligen Vertretung des Commandeurs, des genannten Landw.-Bats. beauftragt. Gernmar, Babermann, Intendantur-Secretariats-Aspiranten beim V. Armeecorps, zu Intendantur-Secretariats-Aspiranten ernannt. Genl. Corvetten-Capitän, als Decernent für Ausrüstung in das Marine-Ministerium commandirt. Schwerlein, Oberst-Lieut. à la suite des See-Bats. und vortragender Rath für Artillerie und Bewaffnung im Marine-Ministerium, der Rang eines Regts.-Commandeurs verliehen. Dr. Wallbrach, Stabsarzt und Marine-Art. 2. Klasse zum Ober-Stabsarzt und Marine-Art. 1. Klasse ernannt. Oberg, Lieut. zur See 2. Klasse und commandirt als Hilfsarbeiter im Marine-Ministerium und gleichzeitig als Adjutant bei dem Präses (Departements-Director) des Marine-Ministeriums, zum Lieutenant zur See 1. Klasse befördert.

Berlin, 16. März. [Offizielle Berichtigung.] — Die Wahlen. — Die Ministerkrise. — Fürst von Hohen-zollern. — Simson. — Falsche Banknoten. Der „Staats-Anzeiger“ schreibt: Ungeachtet des bestimmten Widerspruchs der „Allg. Preuß. Ztg.“ halten auswärtige Blätter an der Behauptung fest, daß heuliche Vorgänge in unserer inneren oder auswärtigen Politik mit einem Handschreiben Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich an Se. Majestät den König von Preußen in Zusammenhang ständen oder gar durch dasselbe hervorgerufen wären. Wir sind nun auch unsererseits durch die bestimmten Erklärung ermächtigt, daß ein derartiges Handschreiben nicht existirt. Alle auf diese unrichtige Voraussetzung gegründeten Folgerungen sind demnach hinfällig. (Wir haben die Nachricht schon in Nr. 217 unserer Ztg. entschieden dementirt. Die Red.)

Wie es heißt, sollen die Wahlen der Abgeordneten am 5. Mai stattfinden, die der Wahlmänner also schon Ende April. Die „Kreuz.“ bemerkt aber ausdrücklich, daß sie dies nur als ein Gerücht mittheilt. — Die telegr. gemeldete Mittheilung (s. 127 Bresl. Z.) der „Kreuz.“ über die Minister-Krise lautet wörtlich: Nach Allem, was wir über die Ministerkrise hören, ist gestern eine Auseinandersetzung der beiden Gruppen im Staatsministerium erfolgt. Die Herren v. Patow, Graf Schwerin und v. Bernuth sollen um ihre Entlassung eingekommen sein. Eine Entscheidung ist noch nicht erfolgt. — Nach den neuesten aus Hyeres eingetroffenen Nachrichten schreitet die Besserung Sr. Königl. Hoh. des Fürsten zu Hohenzollern täglich vorwärts, und derselbe gedenkt mit seiner Familie gegen Ende dieses Monats in Düsseldorf wieder einzutreffen. — Die hiesigen Zeitungen brachten vor einigen Tagen die Mittheilung, daß der frühere Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Simson, schwer erkrankt sei und sich habe entschließen müssen, sich einer schmerzhaften Operation zu unterwerfen. Den vielen Freunden des Dr. Simson kann die „Stern.“ jetzt die erfreuliche Mittheilung machen, daß nicht allein die Operation glücklich von statten gegangen, sondern daß der Patient auch bereits so weit genesen ist, daß er in kurzer Zeit sich wieder seinem Amte in voller Thätigkeit widmen können. — Als leicht erkennbares Unterscheidungszeichen der echten von den courfahrenden falschen 50-Thaler-Banknoten nennt der „Publ.“

folgendes: Bei den echten Noten wiederholt sich die auf denselben gedruckte Jahreszahl in den beiden unteren Eckmedaillons als Wasserzeichen, so daß links das Tausend und die Hunderte, rechts aber die Zehner und Einer stehen: auf den unechten Noten dagegen fehlt diese Jahreszahl im Wasserzeichen gänzlich.

Berlin, 16. März. [Verteidigung des Herrn v. Bethmann-Hollweg.] Die Aeußerung, die Hr. v. Bethmann-Hollweg am 4. d. M. im Hause der Abgeordneten gethan und die nach dem stenographischen Bericht lautet: „Ich habe früher bereits gesagt, nur das Heidenthum, das Judenthum und, ich füge heute hinzu, der Atheismus ist unbulksam, sie sind verfolgungsfähig“, hatte am Tage darauf zu einer von Dr. Weit an den Minister der Unterrichtsangelegenheiten gerichteten Aufforderung Veranlassung gegeben, vor Beginn der nachfolgenden Debatte die obige Behauptung zurückzunehmen zu wollen. Eine hierauf noch an demselben Tage ergangene Antwort gab zu einer nochmaligen Erörterung von Seiten des Dr. Weit Veranlassung, die sodann durch das nachfolgende Schreiben, zu dessen Veröffentlichung die „Berl. A. Ztg.“ ermächtigt ist, beantwortet wurde:

„Gew. Wohlgebornen gefällige Zeilen vom 8. d. M. bezeichnen das obwaltende Mißverständnis als noch ungelöst, und da das Urtheil eines von mir hochgeachteten Mannes und des Kreises, dem er angehört, mir keineswegs gleichgiltig ist, die unerwartete Wendung der öffentlichen Dinge aber mir die Gelegenheit, bei fortgesetzter parlamentarischer Debatte jenes Mißverständnis aufzuklären, entzogen hat, so muß ich dies schon, unter Benützung des ersten freien Augenblicks, noch einmal schriftlich versuchen.“

Ich wiederhole also, daß die Worte, die ich am 4. d. M. vom Minister-tische sprach, in ihrer Kürze vielleicht mißverständlich waren, auf die jüdische Gemeinde der Gegenwart aber wirklich keine Beziehung hatten, diese Beziehung auch nicht haben konnten, da sie, wie die frühere Aeußerung vom 25. April 1860, an welche sie erinnerten, eine andere Religionsform der alten Welt, das Heidenthum, daneben stellten.

Daß ich auf die israelitische Religion des alten Bundes einen Mafel zu werfen nicht beabsichtigte, daß ich ein aufrichtiger Bewunderer derselben und der dadurch bedingten Ordnungen dieses Volkes bin, brauche ich Ihnen als einem theologisch gebildeten Manne, der meinen Standpunkt kennt, nicht erst zu versichern. Bemerken will ich aber ausdrücklich, daß die milden, vor allen Rechten des Alterthums hervorragenden Bestimmungen des mosaischen Gesetzes in Betreff der Fremdlinge (Levit. 29. 33. ff.), worauf Sie provozieren, der Knechte und Andern, mir wohlbekannt und stets Gegenstand meiner freudigen Anerkennung waren.

Dennoch aber bin ich der Ansicht, daß die Theokratie des alten Bundes, weil sie den Staat der Religion unterordnete, von Duldung und religiöser Freiheit nichts wissen konnte, den Abfall vom Glauben (Deuter. 13. 6 ff.), den leichtsinnig ausgeföhrenen Fluch (Levit. 24. 10), die geringe Verletzung des Sabbath's (Numeri 15. 32 ff.) und andere wissenschaftliche Uebertretungen religiöser Gebote mit dem Tode strafen mußte.

Das Heidenthum, obgleich in allen andern Beziehungen tief darunter stehend, mußte gleichfalls intolerant sein, weil die Religion ihm Staats-fache war.

Mit dem Christenthum ist die Religion in ihrer Selbstständigkeit, dem Staate gegenüber, zum erstenmal in der Weltgeschichte erschienen, und da es unendlich obgleich sich selbst als die Wahrheit schlechthin bezeugend, nur durch die Waffen des Geistes, durch freie Ueberzeugung, herrschen will, so hat es den Grund zur religiösen Freiheit und Toleranz gelegt, die freilich erst in unsern Tagen sich zu verwirklichen beginnen.

Zu den Resten mittelalterlicher Intoleranz, die ihm vielfach noch anhaften, tritt in der Gegenwart die Unduldsamkeit des Unglaubens, des Atheismus hinzu, den ich als eine schlechthin unverwerfliche Erscheinung neuester Zeit deutlich genug von der Unvollkommenheit der alten Welt unterschieden zu haben glaube.

Möchte diese Erläuterung in Ihnen, hochgeehrter Herr, und, falls Sie dieselbe, wie ich es wünschen muß, veröffentlichen, in weiteren Kreisen die Ueberzeugung hervorrufen, daß neben dem entschiedensten Bekenntnis meines Glaubens mir liebloses Urtheil über anders Denkende durchaus fremd ist. Berlin, den 12. März 1862.

v. Bethmann-Hollweg, Staatsminister a. D.

Da die Frage, welche dem Abgeordnetenhause vorlag, nicht einen Ideenaustausch über die Formen religiöser Anschauung, wie sie vor 3000 Jahren im Lande Palästina bestanden, sondern die Anstellung eines jüdischen Lehrers in der heutigen Stadt Posen betraf, so scheint uns, bemerkt die „Nat.-Ztg.“ die Rechtfertigung des Herrn v. Bethmann-Hollweg sehr schwach. Ueberdies wurde das Judenthum von ihm nicht bloß mit dem Heidenthum, sondern auch mit dem Atheismus zusammengestellt, wobei denn doch nicht an das Alterthum, sondern an Erscheinungen der modernsten Zeit gedacht scheint.

Dirschau, 14. März. [Eisenbahn-Unfall.] So eben (gegen 5 Uhr Abends) erfahre ich von einem zuverlässigen Augenzeugen, daß auf der Eisenbahnüberfahrt zwischen Subkau und Gzartin ein passirender Wagen von einer von Pöpslin kommenden Lokomotive erfaßt und mit den zwei darin sitzenden Personen zermalmt worden ist. Die Unglücklichen waren der katholische Pfarrer aus Wischin und sein Kutscher; der erstere hatte seinen Amtsbruder in Subkau besucht. Die Bahn ist an der Stelle von Hügeln umgeben, so daß die von Subkau kommenden sie nicht sehen können; die Barriere war offen und ein Bahnwärter nicht zu sehen, die Verunglückten glaubten sich daher in voller Sicherheit. Die zerstückten Glieder wurden später zusammengelesen und nach Subkau gebracht. Wenn ich Näheres erfahre, werde ich sofort Mittheilung machen. (D. Z.)

Deutschland.

Koburg, 13. März. [Bollmann.] Die „Koburgische Zeitung“ enthält Folgendes: Der Eberhardt'sche Polizei-Anzeiger bringt heute einen Steckbrief gegen Karl Bollmann. Derselbe wird vom Untersuchungsrichter zu Koburg verfolgt wegen Erpressung, Betrugs und Veruntreuung (Unterthlagung). Der Steckbrief ist früher unter Couvert an die betreffenden Polizeibehörden von ganz Deutschland gesandt worden und wird jetzt veröffentlicht, weil der ursprünglichen Verfolgung wegen Erpressung noch eine solche wegen Betrugs und Veruntreuung nachträglich hinzugekreten ist, und weil man vermuthet, daß Bollmann an eine heimliche Rückkehr aus Kopenhagen — wo es ihm nicht sonderlich gefallen soll — nach Deutschland denkt.

Weckerhagen (in Kurhessen), 8. März. [Bestrafung.] Die Bürgermeister mehrerer in hiesiger Umgegend gelegenen Dörfer wurden nach der „Hess. M.“ vom Landrath um je einen halben Thaler gestraft, weil sie die bekannte Adresse an den Kurfürsten, in welcher um das geboten wurde, wozu die deutschen Großmächte die Regierung aufgefordert wissen wollen, durch den Ortsdiener haben herumtragen lassen.

Oesterreich.

Wien, 14. März. Die Militär-Revolution in Griechenland, weit entfernt, wie schönfärbische Berichte aus Athen und Triest melden, nahe daran zu sein, von den Königl. Streitkräften unterdrückt zu werden, ist vielmehr im vollen Aufschwung begriffen.

Eine heute Abend hier eingetroffene telegraphische Depesche meldet, daß in Syra, einer der wichtigsten Inseln des kleinen Königreiches, gleichfalls ein militärischer Aufstand ausgebrochen ist.

Syra ist einer der Haupthandelsplätze Griechenlands. Wiewohl die ganze Insel nur etwa zwei Quadratmeilen im Umfange hat, so ist sie doch durch ihre Lage, durch den herrlichen Hafen ihrer Hauptstadt Hermopolis, die allein an 40,000 Einwohner zählt, wohl der bedeutendste kommerzielle Platz im Osten des mittelländischen Meeres. Sie bildet eine Hauptstation für die zwischen Marseille und Konstantinopel verkehrenden Dampfer. Ihr Beispiel ist daher von Wichtigkeit, und wenn man sich im Lager des Königs bisher damit tröstete, daß der Aufstand auf Nauplia sich beschränke und im übrigen Königreiche die Revolte keine Fortpflanzung finden werde, so ist nun diese Hoffnung in einer sehr gefährlichen Weise vernichtet und die Lage des Königs und des Königreiches wird mit jedem Tage bedrohlicher.

Wir müssen hinzufügen, daß die Depesche, welche diese Nachricht nach Wien brachte, die bestimmte Mittheilung macht, daß bei dem Aufstande in Syra italienische Einflüsse direkt zu Tage traten. (Dsd. P.)

Italien.

Turin, 11. März. Der König ist aus Mailand zurückgekommen und hat die Minister um sich versammelt. Es wurde beschloffen, den Provedimenti eine Warnung zu ertheilen. Campanella, derselbe, welcher einen Bruch mit Garibaldi herbeiführen wollte, hat am zweiten Tage sich so bestigt geäußert, daß Ratazzi sich verpflichtet glaubte, zunächst warnend aufzutreten, und falls es zu Kundgebungen käme, energisch einzuschreiten. Der König ist mit seinem Cabinette einverstanden. Was nun die Heimberufung Mazzini's betrifft, so ist sie für Campanella bloß ein Vorwand, die Regierung hat nichts dagegen einzumenden, und Ratazzi wird höchstens in Paris darüber zu beruhigen suchen. Mit der Majorität scheint Ratazzi auch fertig zu werden. Langza hat gestern eine Versammlung von 60—70 Mitgliedern der alten Majorität versammelt und er sowohl als Allieri, der doctrinäre Redacteur der „Perseveranza“, und ein anderer lombardischer Deputirter haben sehr heftige Reden gegen das Ministerium gehalten. Die Folge dieser heftigen Reden war, daß die Hälfte der Anwesenden den Saal verließ. Morgen wird eine andere Versammlung, bestehend aus Mitgliedern der Rechten und Linken, stattfinden. Herr Toscanelli (von Pisa) will den Grafen Depoli interpelliren, um zu erfahren, ob er eine Apanage von Napoleon bezieht, und im bejahenden Falle dessen Ausweisung aus der Kammer verlangen, da ein Artikel des Statuts den Deputirten verbietet, Pensionen von fremden Fürsten anzunehmen. (R. Z.)

Provincial-Beitrag.

Breslau, 16. März. [Die Urwähler-Versammlung] im Weiß-schen Saale war eine der zahlreichsten, die hier seit vielen Jahren stattgefunden. Sämmtliche Räume des umfangreichen Lokales waren dicht gefüllt. Nach 8 Uhr eröffnete Dr. Justizrath Simon als Vorsitzender der Wählervereins der Fortschrittspartei, die von diesem berufenen Versammlung, indem er die Ursachen der Kammerauflösung kurz resumirte und den bisherigen Abgeordneten Hr. Präsident v. Kirchmann in herzlichen Worten begrüßte. Dann sagte der Redner: Es ist bei der Kammer-Auflösung von beiden Seiten verfassungsmäßig verfahren worden. Indem wir hier versammelt sind, unsern Abgeordneten Hr. v. Kirchmann zu hören, stehen wir jedenfalls auch auf verfassungsmäßigem Boden. Ich erlaube also Hr. v. Kirchmann, uns seine Mittheilungen über die Thätigkeit des aufgelösten Abgeordnetenhauses zu machen. Hr. v. Kirchmann (mit Enthusiasmus empfangen), erklärte, daß er die zahlreiche Versammlung als ein Anerkenntnis seiner Wirksamkeit im Abgeordnetenhause ansehe, und bat diejenigen, welche ihm bei der Wahl ihre Stimmen nicht gegeben, ihn ebenso ruhig anzuhören, als die, welche für ihn gestimmt haben. Es ist die Harmonie zwischen Wählern und Abgeordneten, das schöne Resultat freier Wahlen. Ich habe von Ihnen, fuhr der Redner fort, keine Instruktionen erhalten, würde solche auch nicht angenommen haben, ich habe nur nach freier Ueberzeugung und bestem Ermessen gehandelt. Daß Sie dennoch mir zufrieden gewesen sind, zeugt von der schönen Harmonie mit den Wählern, deren sich der Abgeordnete der freien Wahl zu erfreuen hat. Lassen Sie uns wünschen, daß die Regierung auch bei der demnächst bevorstehenden Wahl uns das Kleinod der freien Wahlen bewahren werde.

Die erste große Frage, die uns in Berlin beschäftigt, war die Frage: ob eine Adresse als Antwort auf die Thronrede zu erlassen sei? Diese Frage machten erbedlichen Anlaß dazu, da sie in der deutschen Frage sich weit bestimmter aussprach, als in früheren Jahren, auch die milit. Frage stark betonte. Gleich Anfangs wurde darüber sehr lebhaft unter den Abgeordneten verhandelt, insbesondere waren es die jüngeren Kräfte, die ganz entschieden dafür auftraten, auch die Presse nahm vielfach Partei, und mehrere Abende wurde darüber in den Fractionen debattirt. Wie schon in den Verhältnissen eines Privatmannes 12 Anliegen auf einmal sich nicht leicht erledigen lassen, so glaubten auch wir, nicht mit einer Menge von Anliegen zu gleicher Zeit vor die Krone treten zu können. Alle liberalen Fractionen der Kammer waren darin einig. Nachdem so die Frage erledigt war, wurden wir mit einer wahren Fluth von Gesetzentwürfen beladen. Nicht bloß von Seiten der Regierung, sondern auch von Seiten der Abgeordneten waren Entwürfe ausgearbeitet und eingebracht worden. Dies hatte zur Folge, daß allerdings auf mehrere Wochen die Thätigkeit der Abgeordneten gewissermaßen auf die Commissionen beschränkt blieb. Ich kann Ihnen versichern, daß vielleicht niemals gründlicher und allseitiger gearbeitet worden ist, als in diesen 6—8 Wochen. In dieser Zeit sind wichtige Gesetzesvorlagen in aller Gründlichkeit, mit Ausdauer und Beharrlichkeit vorbereitet worden. Wir waren eben so weit, daß wir in die Verathung der hervorragendsten Vorlagen eintreten konnten, als die Auflösung erfolgte. Ich muß mich beschränken auf zwei der bedeutendsten Vorlagen, und will zunächst auf die neue Organisation des Heeres eingehen. Was heißt denn neue Organisation der Armee? Das Wort ist in Aller Munde, doch heißt Vielen die klare Einsicht. Es heißt Vermehrung der Regimenter, 3 volle Jahre Dienstzeit, 5 Jahre Reservebereitschaft, und für alle großen Opfer als einzige Erleichterung eine Abkürzung der Landwehrdienstzeit. Ein früher dem Militärstande angehöriger Abgeordneter äußerte, daß er bereit sei, auf den Willen des Ministeriums einzugehen, zugleich aber seine vorige Abstim-mung verbessern wolle, wo er allerdings der Regierung die Mittel der Organisation bereitwillig gewährt hatte, indem er jetzt wohl die Soldaten, nicht aber das Geld bewilligen möchte. Bei Geldfragen behalte er sich das Recht des Landes vor. (Bravo.) Ich weiß nicht, wie jemand auf solche Weise sein Versehen gut zu machen glauben kann, wenn er mit der einen Hand die Soldaten bewilligt, und mit der anderen die Mittel verweigert. Ein anderes hervorragendes Mitglied meinte, die 3jährige Verkürzung der Landwehrpflicht sei in ihrem ökonomischen Werthe höher anzuschlagen, als der aus der kürzeren Dienstzeit entstehende Gewinn. Auch die Fortschrittspartei befaßte sich mit der Frage, die noch heute ungelöst und in der nächsten Kammer wieder hervortreten wird, für die also Jeder empfänglich sein muß. Es waren in unserer Partei Männer von ausgezeichneten technischen Kenntnissen, wie Major Viehke, Major Steinhardt, von Riebe zum Volke und aufrichtigem Patriotismus befeelt. Ein Theil stimmte darin überein, daß auf keinen Fall mehr als 2 Jahre Dienstzeit der Regierung bewilligt werden sollen, da sie vollkommen hinreichend zur Wehrhaftmachung der jungen Leute. Dann kam die Frage: ob an dem Landwehr-Institut gerüttelt werden solle? Ein Theil wollte der Regierung darin entgegenkommen, ein anderer Theil, wozu ich selbst gehörte, war für vollständige Aufrechterhaltung des alten Landwehrsystems (lebhaftes Bravo), und namentlich dafür, daß es zurückgeführt werde auf jene Ursprünglichkeit, in der es die großen Helben des Freiheitskrieges geschaffen, so wie das die übte Behandlung aufhöre, die gerade der Landwehr zu Theil geworden. (Bewegung und Unterbrechung des Redners)

durch einen Ausruf der Mißbilligung, welcher wider entgegengesetzte Aeußerungen bewirkte. Präsident Simon wahrte die Redefreiheit unter Hinweis auf den verfassungsmäßigen Boden, und verweist den Opponenten auf den Schluß der Rede, wo ihm Gelegenheit geboten sein würde, seine Ansichten auszusprechen.

v. Kirchmann erklärte, daß vielleicht der Ausdruck „able Behandlung der Landwehr“ bei einzelnen Anstößen erregt habe, er wolle ihn auch gern zurücknehmen, und dahin modifizieren, daß die Behandlung der Landwehr nicht im Geiste der Gründer geschehe. Man sollte die Landwehr nur erst dann auflösen lassen, wenn der Krieg wirklich ausgebrochen ist, sie aber nicht wochenlang bei Mobilisationen zugleich mit der Linie vergeblich aufzuhalten, und sie dann möglicherweise ebenso wieder nach Hause schicken. Weder fuhr fort: Ich gehe nun über zu dem bekannten Hagen'schen Antrage, der zur Auflösung der Landwehr gegeben hat. Die Sache liegt außerordentlich einfach. Es handelt sich darum, ob die Spitzen der Verwaltung schuldig sind, die von der Landesvertretung bewilligten Gelder zu den Zwecken zu verwenden, für welche sie bestimmt sind, oder ob sie Ersparnisse zu nicht gebilligten Zwecken verwenden dürfen. Die Regierung erkannte die Notwendigkeit der Maßregel selbst an, wollte aber deren Ausführung bis zum nächsten Jahre verschoben wissen. Der Finanzminister behauptete, die Arbeiten würden nicht harmonisch genug ausfallen (Heiterkeit), wenn die Staatskasse für dies Jahr specialisirt werden sollten, und wie er sah, daß er damit wenig Anklang fand, drehte er die Sache so, daß der Antrag ihm erst bei Eröffnung der Sitzung zugekommen sei, er könne deshalb keine Bedeutung nicht übersehen, und müsse erst Rücksprache mit dem Gesamtministerium nehmen. Als der Minister diese Erklärung abgab, kam der Antragsteller zu mir und bat, ich sollte den Antrag auf Vertagung stellen. Ich erklärte ihm, dies könne von unserer Partei nicht geschehen; denn wir hielten den Antrag für vollkommen durchführbar und zwar schon in diesem Jahre. Wenn der Herr Minister eines Aufschubs der Debatte bedürfe, so möge er entweder selbst oder die ministerielle Partei den Antrag auf Vertagung einbringen. Ich bin überzeugt, daß, wenn dieser Antrag gestellt worden wäre, ihm auch von unserer Partei nicht widersprochen worden wäre. Es wurde aber der Antrag von keiner Seite gestellt. Ich führe das nicht als Entschuldigung an, sondern nur um zu zeigen, daß wir keine persönlichen Antipathien, keine Feindschaft gegen das Ministerium hatten. In unserem Beschlusse lag auch kein Mißtrauen gegen das Ministerium, sondern wir waren der Ansicht, daß ein Prinzip, dessen Wichtigkeit die Regierung selbst anerkannt hatte, ausgeführt werden muß in der Gegenwart, die uns allein angeht. Wir können nicht wissen, welche Minister später die Stühle einnehmen werden, welche politische Veränderungen eintreten können. Deshalb, meinten wir, müsse Ernst gemacht werden, denn das seien Maßregeln, die nur im Frieden zu bewerkstelligen wären. Es wurde hervorgehoben, daß die eigentlichen Ausgabe-Staats viel detaillierter sind, als die vom Hause verlangte Specialisirung, daß also dadurch nicht die mindeste Störung verursacht würde. Auf die betreffende Rede hat der Minister nichts erwidert. Wir wissen, was es zu bedeuten hat, wenn man der Entscheidung wichtiger Fragen ausweicht. Vor drei Jahren, als die Militärfrage auftrat, wie man ihr aus, das Geld wurde provisorisch bewilligt, und die neuen Regimenter wurden formirt. Mehrere Dinge wollten wir nicht wieder eintreten lassen. Noch ist es vielleicht Zeit, Halt zu machen, aber dazu war nötig, daß beim Kriegsministerium die Staats specialisirt würden, damit der Minister gebunden würde, das Geld bestimmungsgemäß zu verwenden. Deshalb war die Annahme des Hagen'schen Antrages gerade noch in diesem Jahre notwendig; denn noch ein Jahr Spielraum, so war die Organisation so weit vollendet, daß sie gar nicht mehr rückgängig zu machen war. So liegen die Dinge, das Abgeordnetenhaus ist aufgelöst, das Herrenhaus vertagt. Die Frage liegt nun nahe: Was wird geschehen? Man kann zunächst fragen, „was wird die Regierung thun?“ Aber die Antwort hierauf ist schwer, vielleicht unmöglich. Nach dem, was bis jetzt geschehen ist, zeigt sich alle Berechnung unmöglich. Von allem Unwahrscheinlichen trifft oft das Unwahrscheinliche ein. Man sagt, die Regierung werde mit neuen und großen Concessionen hervortreten, um eine günstige Stimmung im Lande zu bewirken. Sollte dies wahr sein, so kann ich nur bedauern, daß dergleichen Concessionen nicht an das Abgeordnetenhaus gelangt sind. Ich glaube nicht, daß je eine Landesvertretung bereitwilliger war, der Regierung entgegenzukommen, wie diese. Wenn also die Regierung Concessionen machen wollte, so war damals die richtige Zeit, als das aufgelöste Haus noch beisammen war. — Man sagt ferner, daß bei den Wahlen ein stärkerer Einfluß von Seiten der Regierung aufgegeben werden wird. Ich könnte es nur tief beklagen, sollte es geschehen. Die Wahl für ein Haus, das willfähriger wäre, würde nur eine Scheinwahl sein. (Bravo.) So schwer es sein mag, die Ueberwindung der gegenwärtigen Krisis von Seiten der Regierung vorherzusagen, so leicht ist es zu sagen, was wir Angesichts der Krisis zu thun haben. Es ist einfach: treu zu bleiben unseren Principien, in keiner Weise uns irren lassen zu lassen. In dem Geiste der Mäßigung, der Ruhe, der Gefeßlichkeit werden wir allein unser Ziel erreichen. Es ist vielleicht niemals die Position für die liberale Partei günstiger gewesen als jetzt. Lassen Sie uns diese Gunst benutzen, lassen Sie uns festhalten an unserem Programm. Der ruhige politische Mann geht langsam, aber sicher seinen Weg, er weiß, daß Ruhe und Mäßigkeit alle Schwierigkeiten überwinden. Wenn jedoch irgend ein Vortheil aus der Krisis hervorgegangen, so ist es vielleicht der, daß die Unterschiede zwischen der Partei des Fortschritts und der der Verfassungstreuen oder Alt-Constitutionellen nunmehr deutlich hervortreten. Vorher waren Programme und Reden so übereinstimmend, daß es eines Vergrößerungsglases bedurft hätte, um die feinen Unterschiede herauszufinden. Jetzt wissen wir, woran wir sind. Worin liegt der Unterschied? Nun auch hier liegt er wieder im Prinzip nicht, in der Theorie nicht, aber in der Ausführung. Im Prinzip wollen die Herren mit uns gehen, wenn aber eine Schwierigkeit, wenn ein finsterner Blick von Seiten der Regierung eintritt, dann zieht man nach Ausreden. (Bravo.) Als ich gestern hier ankam, fand ich zu meinem Erstaunen ein Programm der Partei der rechten Seite vor, von den hervorragenden Mitgliedern unterschrieben, ich sage mit Erstaunen, denn ich gefiel, wenn die Herren vielleicht früher der Regierung das gesagt hätten, was sie in dem Programm unter Nr. 6 aufstellten, so wäre das Haus wahrscheinlich nicht aufgelöst worden. Unter Nr. 6 jagt das Programm ganz einfach: Aufrechterhaltung der Reorganisation des Heeres. In diesen paar Worten ist ausgedrückt, daß in diesem Jahre 30 bis 40 Mill. in den nächsten Jahren 50 Mill. für den Militäretat zu bewilligen sind. Das Programm verlangt aber gleich daneben auch Ersparungen durch Beurlaubungen, Revision der Grundbesitz über Pensionierung etc. Se. Maj. der König hat bereits ausdrücklich in der Thronrede erklärt, daß Ersparungen ohne Erschütterung der Wehrkraft des Landes nicht mehr gemacht werden können. Auch die Regierung hat diese wichtige Frage mit der größten Vorsicht behandelt, jetzt verlangt sie von dem Lande nur das Unumgängliche, das nöthig ist, um die Organisation der Armee zu vollenden, die der Diktatur für die neu formirten Regimenter, noch sind 8 Kavallerie-Regimenter zu bilden, noch sind die Festungen außer Stande, der neuen Artillerie gegenüber das zu leisten, was früher die Artillerie braucht Kanonen nach den neuen Erfindungen, die neuen Regimenter brauchen neue Ausrüstungen. Bedenken Sie, daß dies Ausgaben sind, die uns noch bevorstehen und die unvermeidlich sind, wenn die Organisation zur Wirklichkeit wird, so werden Sie es leicht begreiflich finden, wenn ich sage, daß der Militäretat in zwei bis drei Jahren fünfzig Millionen betragen wird. — Nummer 7 des erwähnten Programms sagt: Es ist mit Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß mit Erhebung der regulären Grundsteuer im Jahre 1865 das Gleichgewicht im Staatshaushalts-Etat wieder hergestellt und schon jetzt die im Militäretat trotz der oben bezeichneten Ersparungen verbleibenden Mehrausgaben in anderer Weise als im Wege des bisherigen Steuerzuschlags gedeckt werden. Was ist das anders, als die vorher mitgetheilte Erklärung: Ich bewillige die Soldaten, aber nicht das Geld. Wo soll das Geld herkommen? Sollen neue Anleihen gemacht, neue Steuern aufgelegt, neue Verschärfungen des Verzehrs eingeführt werden? Das Programm verspricht nur das Gute: der Steuerzuschlag soll aufgehoben werden, und sagt nicht, welche andern Steuern an die Stelle treten sollen. Dies ist das Programm jener Partei, die vorzugsweise Staatsmänner besitzen will. Lassen Sie uns über diese widerwärtigen Differenzen hinweggehen, ich würde sie nicht berühren haben, wenn es nicht jetzt im Moment der Wahlen notwendig wäre, um unsere Stellung klar zu machen. Lassen Sie uns wegwenden von diesen Differenzen, von der Mißere des Tages, lassen Sie uns von der Höhe herab unsere Lage überschauen, und vielleicht einen Blick in die Zukunft finden. Worin besteht unsere Lage? Was ist eigentlich der Inhalt der Krisis, in der wir uns befinden? Nun, einfach der Uebergang aus dem absoluten Staat in die constitutionelle Staatsform. Es ist vielleicht kein Uebergang so schwer, und um so härter, wenn unter einem Herrscherhause, das Jahrhunderte lang ruhmreich regiert, und dessen große Staatsmänner noch heute mit Energie für das Beste des Landes sorgen, dieser Uebergang geschieht. In England dauerte der Kampf mehrere Generationen, in Frankreich eben so. Deshalb verzage man nicht, wenn die volle Verwirklichung sich noch verzögert. Lassen Sie uns vor Allem treu halten an unserem Königshause, mit dem wir so innig verknüpft sind. Lassen Sie uns unsere größte Wohlthat darin finden, daß wir eine Dy-

naftie haben, die Einsicht in die Bedürfnisse des Landes hat. Lassen Sie uns Differenzen, die heute, vielleicht auch später zwischen Regierung und Land eintreten mögen, fernhalten. In aller Ehrfurcht möchte ich einen Vorfall nicht vorenthalten, der mir mitgetheilt worden ist, ohne Bürgschaft für die Wahrheit zu übernehmen. Als vorige Woche die Minister ihre Entlassung eingereicht hatten, soll eine hohe Person ihren Sohn gefragt haben: „Nun, was würdest Du denn thun?“ Und er soll darauf geantwortet haben: „Ich würde es machen wie meine Schwiegermutter; ich würde versuchen, mit der Majorität zu regieren.“ In diesen einfachen Worten liegt die Lösung unserer Krisis. — Ein großer Mann des Herrenhauses hat einmal das Motto aufgestellt: „Autorität, nicht Majorität!“ Er hatte vollkommen Recht für den Staat, den er sich dachte, für den Staat des Herrenhauses, für den Feudalstaat, für die Zeit der Sonderinteressen, wo der Fürst der alleinige Ausdruck der Allgemeinheit. In den letzten 50 Jahren hat sich viel geändert, das Individuum ist im Staatsleben aufgegangen, wenn der Kaufmann, der Handwerker, Bauer, Arbeiter u. s. w. als Urmähler in die Wahlversammlungen eintreten, so vergessen sie ihre Berufsunterschiede und haben nur das allgemeine Interesse im Auge. Wenn folgerweise freie Wahlen vollzogen werden, eine innige Verbindung mit der Regierung hergestellt, indem der geläuterte Ausdruck der öffentlichen Meinung zur Geltung kommt, bei den neuen Prinzipien der Gleichheit, der Oeffentlichkeit der Justiz, in einer Zeit, wo alle Sonderinteressen schwinden, und selbst Oesterreich der Macht der Verhältnisse nachgiebt, kann es nicht mehr heißen: „Autorität, keine Majorität“, sondern „Autorität mit Majorität!“ Die Krone in Harmonie mit der Vertretung des Landes! Das ist unser Ziel. Lassen Sie uns nicht irre werden in der Hoffnung, jenen großen Bau unseres deutschen Vaterlandes unter einem einzigen Fürsten sich erheben zu sehen, frei im Innern und mächtig nach außen. (Lebhaftes und lange anhaltendes Bravo.)

Nachdem der Vorkühende dem Redner für seinen lichtvollen Vortrag dankt, nahm Herr Dr. Stein das Wort, und äußerte sich etwa wie folgt: Die Entwicklung jedes politischen Rechts und der politischen Freiheit im Allgemeinen knüpft sich in der Geschichte aller Völker, so in England, Frankreich, ja selbst in Preußen, ich erinnere nur an den Vereinigten Landtag vom Jahre 1847, immer an die Selbstfrage. Es ist das kein herzerhebender, kein poetischer Gedanke, aber eine historische Wahrheit; es ist also nicht nur eine natur- und vernunftmäßige, sondern auch eine historische Entwicklung, in welcher wir uns jetzt befinden, und die Verteidiger des historischen Rechts müßten gerade für den Hagen'schen Antrag sein. Man hat gesagt, es sei schwer für das Volk, sich in den Zuständen, nämlich, daß es sich bei dem Hagen'schen Antrag um den Geldbeutel handelt. Das Ministerium hat mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses ein in der Verfassung begründetes Recht ausgeübt, auch unser verfassungsmäßiges Recht ist es, durch die Wahlstimme die Antwort darauf zu erteilen. Früher habe ich Ihnen einmal gesagt, daß Sie das Wahlrecht höchstens 15—16mal im Leben ausüben, nun, Sie werden dieses wichtige Recht jetzt einmal mehr in Ausübung bringen. In wenigen Wochen treten Sie von neuem an die Wahlurne, oder vielmehr, nicht so poetisch, an den Protokollstisch, um durch Ihre Stimme auszusprechen, ob Sie wollen, daß Preußen fortschreite auf der Bahn freier individueller Entwicklung, oder ob wieder die laum gebrochene Reaction über uns ergehen soll; ob Sie eine genaue und gewissenhafte Controlle über die Finanzen des Staats durch Ihre Vertreter ausüben wollen, oder nicht; ob Sie den einseitigen Bundesstaat wollen, oder, daß Preußen im Verein mit Oesterreich und den Würzburgern das Leben des Bundesstaates weiter fristen helfe. Oeffentliche Stimmen haben gesagt, man würde auf die Wahlen Einfluß zu üben suchen. Durch die frühere Reactionsperiode ist das politische Bewußtsein des preussischen Volkes gehoben; wer jene Periode durchgemacht, wird mit voller Ruhe, mit Besonnenheit und Mäßigkeit alle Fragen erwägen, und wenn er seine Entscheidung getroffen, dann mit Entschiedenheit seine Stimme abgeben, wie an jenem Tage der ständigen Wahlstube, für Männer, die sich bewährt haben im Kampfe für die Rechte des Volkes. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich Herrn v. Kirchmann als zukünftigen Abgeordneten Breslaus begrüße. (Anhaltender Beifall.)

Hr. v. Kirchmann erklärte sich bereit, obwohl die Thätigkeit als Abgeordneter seinen sonstigen Neigungen widerspreche, ein Mandat für die zweite Hauptkammer der Monarchie anzunehmen, falls ihn das Vertrauen der Wähler von Neuem damit beehren sollte.

Da auf die betreffende Frage des Vorkühenden sich Niemand weiter zum Worte meldete, wurde die Versammlung gegen 10 Uhr geschlossen.

Breslau, 17. März. [Diebstahl.] Gestohlen wurden: Breitestraße Nr. 42 ein buntes wollenes Shawl; Karlsplatz Nr. 3 ein Ballen Baumwolle, gez. L. H.; Klosterstraße Nr. 16 ein blaues lattunenes Frauenkleid, weiß gepunkt, mit kurzen engen Ärmeln, ein Paar Mannshosen, von weichen Barchent, ein Paar dergleichen Mädchenhosen mit Leibchen, ein altes Mannshemden, ein Paar baumwollene Frauen- und ein Paar dergleichen Kindertrümpfe, ein Paar alte graue Zughosen; Neustadtstraße Nr. 10 ein Frauenhemden und ein Paar Zughosen; auf dem Karlsplatz von einem Holzwagen eine Kiste, signirt A. M., enthaltend Bücher und Musikalien. Polizeilich mit Beschlag belegt wurden: ein Frauenkleid, eine neue und eine alte Hühnerjacke, eine Schürze, ein Hemden, ein Bettuch, ein Kopfkissen, ein schwarzer lichter Knotenstod mit Eisenbeinriß (Kricke) und dergleichen; am unteren Theile des Griffs befindet sich ein Huhn, dessen oberer Flügel ein Hund und den unteren ein Wolf in der Schnauze hält, außerdem befinden sich am vordern Ende der Krücke die Buchstaben R. W. mit einer Krone.

Gefunden wurde: ein Schlüssel. Eingefunden hat sich im Kretscham zu Neudorf-Commende ein schwarzgrauer Wappenstein, versehen mit einem Halsbande von Tuchleinen, an welchem ein kleiner messingener Ring sich befindet. Abzuholen beim Schmiede-Meister Auras zu Neudorf-Commende.

Im Laufe der verfloffenen Woche sind hierorts ercl. 1 todgeborenen Kindes, und einer ungelanten weiblichen Wasserleide, 29 männliche und 33 weibliche, zusammen 62 Personen als hierorts gestorben polizeilich gemeldet worden. — Hiervon starben: 3 im Allgemeinen Kranken-Hospital, 6 im Hospital der barmherzigen Brüder 3, im Hospital der Elisabethinerinnen 3 und in der Gefangenen-Kranken-Anstalt 2 Personen.

Angekommen: Ihre Durchl. Frau Fürstin Metzschersky nebst Familie aus Moskau. Ihre Durchl. Frau Prinzessin Byron von Curland nebst Familie aus Wartenberg. Russischer Oberst Graf von Zamora aus Petersburg.

Breslauer Sternwarte.

15. März 10 U. Abds.	28 0,69	— 0,8	NO. 0.	Heiter.
16. März 6 U. Morg.	27 11,89	— 2,2	D. 1.	Heiter. Reif.
2 U. Nachm.	27 11,14	+ 4,8	SO. 1.	Heiter.
10 U. Abds.	27 9,85	+ 2,2	SO. 1.	Heiter.
17. März 6 U. Morg.	27 8,82	+ 0,4	SO. 1.	Heiter. Reif.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 15. März, Nachm. 3 Uhr. Die Proz. begann bei starkem Angebot zu 69, 85, wick bis 69, 62½ und schloß in träger Haltung unbelebt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 75, 4½proz. Rente 70, 70, 3proz. Spanier 48, 1proz. Spanier —, Silber-Anleihe —, Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 506, Credit-mobilier-Aktien 763, Lomb. Eisenb.-Aktien 543, Oesterreich. Credit-Aktien —.

London, 15. März, Nachm. 3 Uhr. Silber 61¼. Sehr schönes Wetter. Consols 93¼. 1proz. Spanier 43, Meritaner 34, Sardinier 81, 3proz. Russen 98¼, 4½proz. Russen 93. — Der Dampfer „Bohemian“ ist aus Newport eingetroffen.

Wien, 15. März, Mittags 12 Uhr 30 M. Börse sehr beliebt. 3proz. Metall. 70, 30, 4½proz. Metall. 61, 50, Bank-Aktien 835, Nordbahn 215, 40, 1854er Loose 91, 75, National-Anleihe 84, 50, Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 274, 50, Creditaktien 202, 60, London 136, 90, Hamburg 102, —, Paris 54, 10, Gold —, Silber —, Elisabethbahn 158, —, Lomb. Eisenbahn 271, —, Neue Loose 131, 20, 1860er Loose 92, 50.

Frankfurt a. M., 15. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Für öfter. Gefeßen günstige und steigende Tendenz; Luxemburger bedeutend höher. Schluß-Course: Ludwigsb.-Verb. 129½, Wiener Wechsel 85½, Darmstädter Bank-Aktien 207, Darmst. Zettelbank 250, 5proz. Metall. 50, 4½proz. Met. 42¼, 1854er Loose 64¼, Oesterreich. National-Anleihe 59½, Oesterreich. Staats-Eisenb.-Aktien 235, Oesterreich. Bank-Antheile 709, Oesterreich. Credit-Aktien 173, Neueste öfter. Anleihe 67¼, Oesterreich. Elisabethbahn 111, Rhein-Nachb.-Bahn 26½, Mainz-Ludwigsb. Litt. A. 117.

Hamburg, 15. März, Nachm. 2 Uhr 30 M. Börse bei geringem Geschäft farblos. Schluß-Course: National-Anleihe 60¼, Oesterreich. Credit-Aktien 73¼, Vereinsbank 101¼, Norddeutsche Bank 94, Rheinische 92¼, Nordbahn 58½, Disconto —, Wien —, Petersburg —.

Hamburg, 15. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, ab auswärts sehr gedrückt. Roggen loco fest, ab Königsberg pr. Frühjahr

zu 86—87 Verkäufer, zu 85—86 Käufer. Del pr. Mai 28¼, Okt. 26¼ bis ¼. Raffee unverändert, 3000 Sack diverser Sorten umgelegt. Zint loco 11½, 3500 Etr. loco mit Termin 11¼, 1000 Etr. loco 11¼.

Riverpool, 15. März. [Baumwolle.] 7000 Ballen umgelegt. Preise gegen gestern unverändert.

Berlin, 15. März. An der heutigen Börse ließ sich der Einfluß nicht verkennen, den eine mehrthätige und theilweise rapide Hausse auf das der Börse ferner stehende Publikum auszuüben pflegt. Es traten anfanglich eine Menge von besseren Geboten auf, die schließlich sich als hoch limitirte Verkaufsordres herausstellten, denen eine entprechende Nachfrage nur in den selteneren Fällen gegenüberstand. Unter diesen Umständen darf es nicht Wunder nehmen, daß eine Art Pause sich etablierte, die der Regelmäßigkeit des Verkehrs selbstverständlich Abbruch that. Ein lebhaftes Geschäft zeigte sich heute nur in wenigen Eisenbahnen, vor allen in Berg.-Märk., Köln-Mind. und Potsdamern. Letztere waren indeß die in Bezug auf ein weiteres Steigen allein bevorzugten, und mochte dazu außer den bereits bekannten Motiven es noch mitwirken, daß die jochen publicirte Februar-Einnahme abermals eine Mehr-Einnahme von fast 17,000 Thlr. erweist. In den öfter. Papieren war der Verkehr eingeschränkt, ja es machten sich selbst ab und zu kleine Coursnacklässe bemerkbar, obgleich die heutigen wiener Börsenmittagscourse günstiger lauten. (Credit 202, 80—203 bis 202, 30—50, National-Anleihe 84, 35, London 136, 75—137). Bank- und Credit-Aktien waren wenig beachtet und gingen meist nur in kleinen Summen um, nur von Schell. Bank wurde ein Posten umgelegt. Die preussischen Staats-Papiere hielten sich mit ziemlicher Festigkeit und erkreuten sich ebenjo ab und zu kleiner Courserhöhungen. (W. u. S. 8.)

Berliner Börse vom 15. März 1862.

Fonds- und Geldcourse.	Div. Z.	1860 F.	1861 F.
Preuss. Staats-Anleihe	4½	101½ G.	
Staats-Anl. von 1850	4½	102 ½ G.	
Staats-Anl. von 1853	4½	100½ bz.	
Staats-Schuld.-Sch.	3½	90½ bz.	
Präm.-Anl. von 1855	3½	121 bz.	
Berliner Stadt-Obl.	4½	102½ bz.	
Kur-u. Neumärk.	3½	92½ bz.	
Pommersche	3½	91½ bz.	
ditto neue	4	103½ G.	
Pommersche	3½	98 bz.	
ditto neue	4	97½ B.	
Schlesische	3½	97½ G.	
Kur-u. Neumärk.	4	100½ G.	
Pommersche	4	99½ G.	
Pommersche	4	97½ G.	
Pommersche	4	99 bz.	
Westf. u. Rhein.	4	98½ bz.	
Schlesische	4	100 bz.	
Schlesische	4	99½ bz.	
Louisiana	—	109½ G.	
Goldkronen	—	9. 6½ G.	

Preuss. und ausl. Bank-Aktien.	Div. Z.	1860 F.	1861 F.
Berl. K.-Verein	5½	4 116 B.	
Berl. Hand.-Ges.	5½	4 85 G.	
Berl. W.-Cred. G.	—	—	
Braunschw. Bank	4	4 77½ etw. bz.	
Bremer	4	4 103½ etw. bz.	
Coburg. Credit-A.	4	4 67½ G.	
Darmst. Zettel-B.	7½	4 160 G.	
Darmst. Credit-B.	4	4 81¼ a 82¼ bz.	
Dem. Credit-B.	4	4 7¼ bz u. G.	
Disc.-Cm.-Anst.	5½	4 9¼ a ¼ a ¼ bz.	
Genf. Credit-B.	2	4 41¼ a ¼ bz u. G.	
Görlitz Bank	4	4 80½ etw. bz.	
Hamb. Ned. Bank	4	4 92½ B.	
„Verf.“	4½	4 101 G.	
Hannov. „	5½	4 96 B.	
Leipzig „	3	4 70 bz u. G.	
Luxemburg „	7½	4 103 B.	
Magd. Friv.	3	4 87½ G.	
Mein.-Credit-A.	5	4 56 Klgt. bz u. G.	
Minerva-Wdt. B.	6	4 23½ B.	
Oesterr. Credit-B.	5	4 74¼ a ¼ bz.	
Pos. Prov.-Bank	5	4 94½ G.	
Preuss. B.-Anst.	5½	4 121 G.	
Schl. Bank-Vor.	5	4 95½ B.	
Thüringer Bank	2½	4 53½ etw. bz.	
Weimar Bank.	4	4 79 B.	

Wochel-Course.	10 T.	12 T.	14 T.
Amsterdam	10 T.	142½ bz.	
ditto	8 T.	142½ bz.	
Hamburg	8 T.	140½ bz.	
ditto	2 M.	150½ bz.	
London	3 M.	6 21½ bz.	
Paris	3 M.	6 21½ bz.	
Wien	3 M.	7 13½ bz.	
Wies. österr. Währ.	2 M.	7 13½ bz.	
Angsb. „	2 M.	56 26 bz.	
Leipzig „	2 M.	98½ G.	
ditto	2 M.	98½ G.	
Frankfurt a. M.	2 M.	56 26 bz.	
Petersburg	3 W.	38 bz. 3 M. 92¼ bz.	
Warschau	6 T.	84½ bz.	
Bremen	8 T.	169½ bz.	

Berlin, 15. März. Weizen loco 65—82 Thlr., weiser galizischer 78½ Thlr. ab Boden bez., Roggen loco 80—82½ Thlr. 52¼—53¼ Thlr. ab Bahn bez., geringer polnischer 51¼ Thlr. bez., schwimmend 1 Ladung 81—82½ Thlr. mit 1¼ Thlr. Aufgeld gegen Frühjahr getauft, März 50¼—51 Thlr. bez., Frühjahr 50¼—51 Thlr. bez. und Gld., 50¼ Thlr. Br., Mai-Juni 50¼—51 Thlr. bez. und Gld., ½ Thlr. Br., Juni-Juli 50¼—51 Thlr. bez., Juli-Aug. 50¼—51 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 35—38 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 23—25 Thlr. pr. 1200 Pfd., Lieferung pr. März 23¼ Thlr. Br., März-April dito, Frühjahr 23¼—24 Thlr. bez., Mai-Juni 23¼—24 Thlr. bez., Juni-Juli 24¼ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 48—57 Thlr. — Rübsöl loco 13 Thlr., März und März-April 13¼ Thlr. Br., 13 Thlr. Gld., April-Mai 13¼—14 Thlr. bez., Mai-Juni 13¼—14 Thlr. bez., Juni-Juli 13¼ Thlr. Br., ½ Thlr. Gld., Sept.-Oktbr. 12¼—13¼ Thlr. bez. — Leinöl, loco 13 Thlr., Lieferung 12¼ Thlr. — Spiritus loco ohne Fas 17½ Thlr. bez., März und März-April 17¼—18¼ Thlr. bez., 17¼ Thlr. Br., 17¼ Thlr. Gld., April-Mai 17¼—18¼ Thlr. bez. und Gld., 17¼ Thlr. Br., Mai-Juni 18—17¼ Thlr. bez. und Gld., 18 Thlr. Br., Juni-Juli 18¼—19¼ Thlr. bez. und Gld., 18¼ Thlr. Br., Juli-Aug. 18¼—19¼ Thlr. bez., Br. und Gld., August-Septbr. 18¼ Thlr. bez., Br. und Gld.

Weizen billiger käuflich. Roggen, disponible bleibt in feiner Waare wenig offerirt, deshalb der Verkehr nur beschränkt war.

Breslau, 17. März. Wind: Süd-Ost. Wetter: schön. Thermometer Früh 2° Wärme, des Nachts schwacher Frost. Der Wasserstand der Oder fällt langsam. Die Angebote und Zufuhren waren am heutigen Markt ziemlich belagert, die Kaufkraft war anscheinend schwächer.

Weizen wurde bei billigeren Forderungen gehandelt; pr. 85½ Pfd. weiser 74—87 Sgr., gelber 74—86 Sgr. — Roggen (schwach behauptet; pr. 84½ Pfd. 54—56—58 Sgr., feinsten 59—60 Sgr. — Gerste vereinzelt gefragt; pr. 70 Pfd. weisse 38—39 Sgr., gelbe 36—37 Sgr. — Hafer behauptet; pr. 50 Pfd. schleißer 25—27 Sgr. — Erbsen unbeachtet. — Widen fehlen. — Bohnen gefächelt. — Delfaaten ohne Angebot. Schlaglein gefragt, ohne Angebot.

Sgr. pr. Schf.	Sgr. pr. Schf.
Weisser Weizen	75—80—88
Gelber Weizen	75—80—87
Roggen	54—57—60
Gerste	35—38—40
Hafer	22—24—28
Erbsen	45—52—57
Kleeblatt, rotte in feineren Sorten gut beachtet, mittlere feines Geschäft, weisse sehr ruhig; rotte 6—9—11—12—13 Thlr., weisse 10—13—15 bis 19—21 Thlr.	
Thymothee ohne Geschäft, 7—8½ Thlr. pr. Etr. — Kartoffeln gefragt, pr. Sad a 150 Pfd. netto 25—28 Sgr., pr. Mehe —.	

Theater-Repertoire.

Montag, den 17. März. (Kleine Preise.) „Frauenkampf.“ Lustspiel in 3 Akten, nach Schiller von Olfers. Hierauf, zum zweiten Male: „Das Pensionat.“ Komische Oper in 1 Akt und 2 Bildern von E. R. Mühl vom Kapellmeister Fr. v. Suppe.

Dinstag, den 18. März. (Kleine Preise.) „Die weisse Frau im Schloß Avenel.“ Romanische Oper in 3 Akten von Schiller, überfetzt von Ritter. Musik von Boieldieu.

Verantwortlicher Redakteur: A. Büchner in Breslau. Druck von Groß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.